

[INTERVIEW](#)

Unionsfraktionsvize: Müssen Maskenaffäre rückhaltlos aufklären



[Thorsten Frei nennt Entscheidung des Verfassungsschutz nicht überraschend](#)

Bild: Christoph Soeder, dpa

Für Unionsfraktionsvize Thorsten Frei ist es ein Unding, dass Georg Nüßlein sein Bundestagsmandat behalten will. Er kündigt nach der Masken-Affäre mehr Transparenz an.

[VON CHRISTIAN GRIMM UND STEFAN LANGE](#)

Herr Frei, der Skandal um die beiden Abgeordneten aus der Unionsfraktion, die für Geschäfte mit Corona-Masken die Hand aufgehoben haben, empört die Bürger im ganzen Land. Was macht das mit Ihnen und den anderen Abgeordneten von CDU und CSU?

Thorsten Frei: Das ist ein schwerer Schlag für jeden, der nach bestem Wissen und Gewissen seine Parlamentsarbeit erledigt. Wir haben in den letzten Tagen Dinge gehört, die viele von uns nicht für möglich gehalten hätten. Es ist entscheidend, jetzt alles rückhaltlos aufzuklären und die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Es ist auch deshalb so schlimm, weil die Demokratie generell in Misskredit gebracht wird.

Kann [Georg Nüßlein sein Mandat bis zu Wahl behalten](#)? Nikolas Löbel hat angekündigt, jetzt doch schnell aus dem Bundestag auszuscheiden.

Frei: Nein, das halte ich für unvorstellbar. Wenn man Konsequenzen zu ziehen hat, muss man das umfassend tun.

Nüßleins Rücktritt ist Frage von Haltung und Moral

Was könnten Sie denn tun, wenn er sich querstellt?

Frei: Im Grunde genommen nicht viel. Das freie Mandat ist im Artikel 38 des Grundgesetzes geschützt. Auch die Anforderungen, jemanden aus der Fraktion auszuschließen, sind verfassungsmäßig hoch. Deswegen ist das eine Frage von Haltung und Moral.

Als Folge der Masken-Affäre sollen jetzt alle Geschäfte um Corona-Schutzausrüstung noch einmal genauer angeschaut werden. Müssen wir uns darauf einstellen, dass noch mehr Unappetitliches nach oben kommt bei CDU und CSU?

Frei: Ich habe zur Stunde keine Anhaltspunkte dafür und hoffe es nicht. Klar ist, dass in solch einer Situation alles auf den Tisch muss, was klärungsbedürftig ist.

Für die CDU-Spitzenkandidaten in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz kommt der Skandal zur Unzeit. Das ist doch im Endspurt eine unheimlich schwere Last...

Frei: Da haben Sie vollkommen recht. In solch einer Situation geht es aber um mehr als um Wahlchancen – in solch einer Situation geht es um das Vertrauen der Bürger in das demokratische System.

Union kündigt "gewaltigen Schritt" für mehr Transparenz an

Die Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit der Beschaffung von Corona-Masken haben auch die Frage nach mehr Kontrolle aufgeworfen. Muss der Bundestag die Regeln für Nebentätigkeiten doch noch mal verschärfen und mehr Transparenz schaffen? Denkbar wären präzisere Gehaltsangaben.

Frei: Man muss da ganz genau hinschauen. Nebentätigkeiten sind grundsätzlich erlaubt und nach meiner Auffassung ist es mit Blick auf die Unabhängigkeit eines Abgeordneten sogar wünschenswert, dass er nicht nur mit Politik sein Geld verdient. Allerdings muss es eine unbedingte Transparenz und Offenheit in diesem Bereich geben, beides ist im politischen System essenziell. Nur so können die Menschen entsprechende Äußerungen und Tätigkeiten von Abgeordneten richtig einordnen. Wir haben uns mit der SPD gerade auf das Lobbyregister verständigt und werden damit einen gewaltigen Schritt hin zu mehr Transparenz gehen.

Was ist mit den Auskünften, die Abgeordnete zu ihren Nebeneinnahmen machen müssen? Die einzelnen Stufen sind nicht sehr präzise.

Frei: Was die bisherigen Stufen angeht, so werden wir uns das noch einmal genau vornehmen. Die Angaben auf der Homepage des Bundestages müssen aussagekräftig sein. Wir müssen ausschließen, dass sich jemand an der Wahrheit vorbeimogelt. Ich bin zuversichtlich, dass wir noch in dieser Legislaturperiode eine Lösung finden.

Privatwirtschaft kann Nicht-Geimpfte ausschließen

Der Corona-Impfpass scheint auf nationaler und internationaler Ebene immer mehr Befürworter zu finden. Wie stehen Sie zu dem Thema?

Frei: Entscheidend ist, welche Konsequenzen mit solch einem Impfpass verknüpft sind. Für den öffentlichen Bereich sehe ich im Moment keinen Regelungsbedarf. Die Privatwirtschaft, Fluglinien beispielsweise, kann anders entscheiden. Sie kann nicht Geimpfte ausschließen. Das ist aber nicht nur eine rechtliche, sondern auch eine ethische Frage. Mal ganz im Ernst: Wir haben die Impfgruppen priorisiert. Und wenn die Älteren, die besonders unter der Pandemie gelitten haben, geimpft sind und bestimmte Dinge wieder tun können, dann sollte es nicht alle anderen vor Neid zerfressen. Das sollte man ihnen durchaus gönnen. Wir sollten aufpassen, dass wir diese Debatte in Deutschland nicht zu verkrampft führen.

Ist der Impfpass am Ende nicht eine, wenn auch abgeschwächte Form der Impfpflicht durch die Hintertür?

Frei: Nein. Wenn sich jemand gegen eine Impfung entscheidet, dann kann der Preis dafür nicht die Fortsetzung der Grundrechtseinschränkung für andere sein. Diese Einschränkungen sind nur die absolute Ausnahme, in diesem Fall eine Schutzmaßnahme gegen die Corona-Pandemie. Ich gehe im Übrigen davon aus, dass wir bereits im September eine hohe Durchimpfung der Bevölkerung haben werden. Insofern dürfte sich das Thema im Sommer ohnehin erledigt haben.

Ein anderer Aspekt der Impfgerechtigkeit ist der, dass arme Länder bei der Impfstoffversorgung zurzeit weit abgehängt sind. Abhilfe könnte die vorübergehende Aussetzung der Patente auf Covid-19-Impfstoffe schaffen. Die Welthandelsorganisation berät am 10. und 11. März über das Thema, die EU und Deutschland wehren sich noch. Ihre Meinung?

Frei: Ich muss offen zugeben, dass ich das sehr, sehr kritisch sehe. Der Schutz des geistigen Eigentums ist ein hohes Gut in unserer Sozialen Marktwirtschaft und letztlich auch die Grundlage für die Innovationskraft einer Gesellschaft. Wenn man Wissenschaftler Dinge entwickeln lässt, ihnen anschließend aber sagt: Jetzt warst du so erfolgreich, jetzt setzen wir deine Patentrechte aus, dann wird das den Forscherdrang in Deutschland nicht fördern. Es muss andere Mittel und Wege geben, diesen Staaten zu helfen.

Bei dem Thema Impf-Patente wird oft argumentiert, ihre Entwicklung sei staatlich gefördert worden und das wiederum berechtigte die Politik zur zeitweisen Aussetzung der Patente.

Frei: Dieses Argument halte ich nicht für schlagkräftig. Deutschland fördert im Bereich der steuerlichen Forschungsförderung sehr viele Projekte, nicht nur im gesundheitlichen Bereich. Davon profitieren wir als Land und als Volkswirtschaft. Deswegen darf man das Patentrecht und den Schutz des geistigen Eigentums nicht zur Disposition stellen. Insbesondere dann nicht, wenn es bessere Alternativen gibt.

Zum Beispiel?

Frei: Kooperationen etwa sind deutlich vielversprechender als Zwangslizenzen. Deutschland gibt viele Millionen Euro zur Förderung internationaler Impfprogramme. Wenn es in Deutschland, und das wird bald der Fall sein, mehr Impfstoff gibt, dann wird der auch ärmeren Ländern zur Verfügung gestellt. Es gibt zudem in der Privatwirtschaft viele Initiativen. AstraZeneca beispielsweise bietet den Impfstoff zum

Selbstkostenpreis an und hat eine Versorgung der ärmeren Länder angekündigt. Die momentane Knappheit jedenfalls lässt sich nicht durch die Aussetzung des Patentschutzes beheben.

Aber möglich wäre es?

Frei: Unter bestimmten Voraussetzungen wäre das in der Tat möglich. Es ist aber in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie passiert, und ich würde auch deshalb dringend davor warnen, weil wir dann eventuell einen Dambruch erleben. Wenn man es einmal macht, dann kann man es auch zwei oder drei Mal machen und das würde einen großen und langen Vertrauensbruch bedeuten, der weit über die Covid-19-Pandemie hinausginge.

Zur Person: Thorsten Frei, 47, war bis 2013 Oberbürgermeister von Donaueschingen und sitzt seither für die CDU im Bundestag. Seit 2018 ist er Vize-Unionsfraktionschef.